

Abnehmer für Müll aus Meilern gesucht – Ministerium will Bürgern Ängste nehmen

Kay Müller

BRUNSBÜTTEL Am Ende ist alles so, wie Knut Frisch es möchte. „Alles ok“ lautet die Anzeige, die auf dem Bildschirm der Freimessanlage im Atomkraftwerk (AKW) Brunsbüttel aufleuchtet, das Frisch leitet. Beim Ortstermin in dem seit 2007 still stehenden Meiler wollen Betreiber Vattenfall und das Energiewendeministerium demonstrieren, dass von der Masse der Teile, die beim Rückbau des AKWs, der im Herbst 2017 beginnen soll, keine Gefahr ausgeht. Auch nicht für Menschen, die in der Nähe der Deponien wohnen, auf denen Vattenfall die Überbleibsel des Atomzeitalters lagern will. 300 000 Tonnen Abfall entstehen bei dem Rückbau, erklärt Frisch, davon sind 96 Prozent radioaktiv unbelastet und gehen in die normale Verwertung, zwei Prozent sind so stark radioaktiv, dass sie in Endlager müssten – und zwei Prozent sollen deponiert werden.

Menschen, die in der Nähe davon sind, bekommen eine Strahlendosis ab, die 20-mal niedriger ist als die beim Röntgen, sagt der Leiter der Atomaufsicht, Jan Backmann. International sei der Wert von 10 Mikrom-

denklich anerkannt und verursacht keine Gesundheitsgefährdung“. Umweltverbände sehen das jedoch anders, halten den Wert für viel zu hoch. Und auch bei Entsorgern gibt es Vorbehalte. „Wir finden keine Deponien, die das Material abnehmen“, sagt Frisch. Ändert sich das nicht, verzögert und verteuert sich der AKW-Rückbau.

Minister Robert Habeck (Grüne) will den Abfall in Schleswig-Holstein lagern, hat dafür sieben Deponien ins Visier genommen. Auf Infoveranstaltungen wirbt er vor Ort für Verständnis – doch die Bürger der Gemeinden sind nicht amüsiert darüber. „Die große Skepsis war erwartbar“, sagt Ministeriumssprecherin Nicola Kabel, die die „Verantwortungsbereitschaft erhöhen“ will. Sogar eine Entsorgungsvereinbarung will das Ministerium mit Deponiebetreibern, Gemeinden und Umweltverbänden beschließen.

Letztere hatten schon mal gefordert, das nukleare Erbe sicher im AKW einzuschließen. Das geht schon wegen des Atomrechts nicht, sagt Backmann, und es würde dazu

noch habe man Techniker, die das leisten können.

Diese demonstrieren beim Ortstermin, wie Teile des AKWs demonstrieren werden. Die Oberfläche der Steine, die einmal Strahlung abgeschirmt haben, wird gereinigt, wenn nötig sogar abgefräst. Immer wieder wird gemessen, kontrolliert und protokolliert. „99,9 Prozent sind nicht belastet“, sagt Knut Frisch. Am Ende entscheidet die Atomaufsicht, die mit Gutachtern in Brunsbüttel dabei ist, ob die Restradioaktivität der Steine so gering ist, dass sie auf Deponien dürfen.

Und wenn die den Abfall trotz allen Werbens nicht wollen und es keine Entsorgungsvereinbarung gibt? „Wir wollen vermeiden, die Stoffe in anderen Bundesländern zu deponieren“, sagt Jan Backmann. Nicola Kabel will warten, wie die Versuche der „Akzeptanzsteigerung“ ausgehen, die noch mindestens bis Juli laufen sollen. „Um jetzt schon darüber nachzudenken was-wäre-wenn – dafür ist es zu früh.“

„Wir finden keine Deponien, die das Material abnehmen.“

sievert, den das Material höchstens in Summe haben dürfe, „als unbe-

den Rückbau nur aufschieben. Der müsse aber jetzt beginnen, denn

Knut Frisch
Leiter Kernkraftwerk Brunsbüttel